

Preis 10 Pfennig.

# Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.  
Verlagsdirektor: Kurt Herberich 1893 und 1894.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.  
Verlagsdirektor: Kurt Herberich 1897 und 1898.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, in Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei halber Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 Mark, nach außerhalb (Zustellung unter Streifenband) 4 Mark. Bestellungen sind jederzeit ausschließlich an die Expedition zu richten. Für die Abholung ausmüßiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich.

Inserate kosten bis Nebengehaltens Mittelwertes über deren Red. 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Teuerungszuschlag 30 Prozent. Bei Familienanzeigen und Versammlungsankündigungen von Gewerkschaften und politischen Organisationsstellen (inkl. der Teuerungszuschlag) fort. Insetats für die Morgenausgabe müssen bis 5 Uhr abends am Tage zuvor, Insetats für die Nachmittagsausgabe bis vorm. 11 Uhr bei der Expedition aufgegeben sein.

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang I

Donnerstag, den 5. Dezember 1918

Nummer 38

# Boltsbeauftragter Haase über die Lage.

## Verlängerung des Waffenstillstandes.

London, 4. Dezember. (Reuter.) Die inter-alliierte Konferenz besprach die Dauer des Waffenstillstandes, der wahrscheinlich verlängert werden wird. Die allgemeine Friedenskonferenz wird in Paris wahrscheinlich Ende Januar stattfinden.

## Wiesner über die bayerische Nationalversammlung und die Straßfrage.

München, 5. Dezember. Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, hat der Ministerpräsident Wiesner nachmittags in einer Volksversammlung in Bad Eibing erklärt: der bayerische Ministerrat werde heute endgültig Beschluß fassen über den Tag der Wahlen zur bayerischen Nationalversammlung. Trotz der technischen Schwierigkeiten werde die Regierung ihr Versprechen nicht einlösen und zwar auch in bezug auf das Wahlrecht der Frauen. Wiesner teilte weiter mit, daß in den aller nächsten Tagen die Veröffentlichung der Akten des Berliner Auswärtigen Amtes erfolgen wird, die auf den Kriegsausbruch Bezug haben. Aus diesen Akten, welche mit Randbemerkungen Wilhelms II. versehen seien, werde man sehen, woher es kommt, daß die Welt in diesen Kriegen gestürzt worden sei. Die Randbemerkungen würden zeigen, daß Wilhelm II. den Krieg gemollt habe, und zwar einen erfolgreichen Krieg, der ihn zum größten Manne machen sollte. Einen Krieg, wie er jetzt ausgegangen sei, habe Wilhelm II. allerdings nicht gewollt.

Am Schluß der Versammlung verlas ein Diskussionsredner ein Flugblatt, worin Wiesner vorgeworfen wird, er sei mit dem Gelde der Volkswirtschaft bestochen. Dieser Redner wurde die Macht ergriffen.

## Zur eine rheinisch-westfälische Republik.

Eine von mehreren Tausend Verlonen besuchte Versammlung der Rheinischen Zentrumspartei laschte nach Referaten des ehemaligen Reichstagsabgeordneten und Staatssekretärs Trimborn und des Chefredakteurs der „Rhein. Volkszeitung“ eine Entschlebung, in der es heißt:

„In Anbetracht der tiefgreifenden politischen Umwälzung im Deutschen Reich, in der Erkenntnis der völligen Unmöglichkeit, in der Weimarer Zeit eine geordnete Regierung zu schaffen, in der Ueberzeugung, daß die Länder am Rhein mit Westfalen politische, kulturelle und wirtschaftlich ausreichende Staatsbildende Kräfte besitzen, gibt die Versammlung ihrem freien Willen Ausdruck, die Einheitlichkeit des Reiches zu wahren und den Wiederaufbau eines freien deutschen Staatswesens von den Ländern am Rhein und von Westfalen aufzunehmen. Die Versammlung fordert deshalb die anerkannten Vertreter des Volkes aller Parteien im Rheinland, Westfalen und anderen Ländern am Rhein auf, baldigt die Proklamierung einer dem Rheinisch-westfälischen Republik in die Wege zu leiten.“

## Gegen die tschechischen Uebergriffe.

Wien, 4. Dezember. (Mitteilung des Wiener Korrespondenten.) Der Staatssekretär für Neues Reich legte bei der tschechisch-slowakischen Regierung scharfen Protest gegen eine Reihe tschechisch-slowakischer Uebergriffe ein, nämlich gegen die Besetzung des Hofhauses in Wien, gegen die Besetzung der tschechisch-slowakischen Gemeinden Ober- und Unterhohenau, insbesondere auch gegen die dort vorgenommenen zahlreichen Verhaftungen, gegen die am Vorstande des Boharbeitsamtes Wieselau (Oberhohenau) verübten Gewalttätigkeiten, gegen die Besetzung von Landstrak, wobei vier angesehene Bürger als Geiseln festgeschleppt wurden, gegen die Besetzung von Mährisch-Trübau und die hierbei grundlos von tschechisch-slowakischen Truppen verübte Schänderei auf die friedliche Bevölkerung, der mehrere Personen, darunter auch Kinder, zum Opfer fielen.

In diesen dem Befandten Tufar überreichten Protestnoten macht der Staatssekretär darauf aufmerksam, daß diese trotz der fortwährenden Proteste Deutsch-Oesterreichs sich immer wiederholenden Vorfälle die Unabhängigkeit korrekter und freundschaftlicher Beziehungen zwischen beiden Staaten unmöglich machen und auch geeignet sind, das Ansehen des tschechisch-slowakischen Staates vor der ganzen rechtlich denkenden Welt herabzusetzen. Der Staatssekretär weist weiter darauf hin, daß solche Vorgänge innerhalb kürzester Zeit eine so große Empörung der deutschen Bevölkerung wachrufen müssen, daß jeder beruhigende Einfluß der deutsch-österreichischen Behörden erlosche und daß die Regierung gezwungen sein wird, die Verantwortung für eine etwaige gewalttätige Selbsthilfe der Deutschen abzulehnen.

## Der Wahlkampf in England.

Stockholm, 4. Dezember. „Politiken“ erzählt aus Bergen von einem aus England zurückgekehrten Reisenden, daß der englische Wahlkampf mit unerhörter Heftigkeit geführt werde. Er entwickle sich immer mehr zu einem Kampf zwischen Imperialismus und Sozialismus. Die Arbeiterpartei gehe in dreihundert Kreisen zum Angriff vor, verfolge aber über keine Klassen und Zeitungen. Die Regierung verstehe vor allem, die Arme für sich zu gewinnen, indem sie die Beeinflussung derselben von anderer Seite verhindere. Durch solche Methoden wachse die revolutionäre Stimmung, doch werde wahrscheinlich die Rechte siegen, da es der Sozialdemokratie vorerst an einer Organisation fehle.

## Keine Kriegskostenverfassung durch Deutschland.

Osag, 5. Dezember. Einer Meldung des Manchester Guardian zufolge erklärte Lloyd George, daß England nicht beabsichtige, Deutschland die Kriegskosten der Alliierten zahlen zu lassen.

## Die Behandlung der Kriegsgefangenen.

Die Untersuchungskommission, die die Klagen wegen völlerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen prüfen soll, wählte den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Dove zum Vorsitzenden. In einer Ansprache erklärte er:

Der allgemeine Eindruck der Gegenwart besteht darin, daß wir uns aus all dem furchtbaren Elend, in das der Kampf um die Macht die Kulturwelt verfallen hat, nur retten können durch die Rückkehr zur Idee des Rechts. Dahin gehört aber auch, daß nach rückwärts hin geprüft wird, wo das Recht verfehlt ist, und daß eine entsprechende Ehre geschaffen wird. Ein Teil dieser Aufgabe ist unserer Kommission zugefallen, die feststellen soll, welche Klagen des Auslandes über die Behandlung unserer Kriegsgefangenen in Deutschland berechtigt sind. Indem wir diese Tätigkeit aufnehmen, legen wir nur in anderer Form die Arbeit fort, die von hervorragenden Parlamentariern der verschiedenen Parteien schon während des Weltkrieges im Hauptauschuß des Reichstages geleistet worden ist.

Wir begrüßen es dankbar, daß in unserer Mitte Vertreter der höchsten militärischen Behörden sind, die uns über alle technischen Fragen Auskunft geben werden. Dabei sind wir uns aber in der Kommission völlig einig, daß diese Herren sowie Vertreter des Auswärtigen Amtes am Urteilspruch nicht beteiligt sein können, weil sonst die Unparteilichkeit der Kommission von außen angezweifelt werden könnte.

Wir wissen, daß auch in Bezug auf das Schicksal unserer Brüder, die in ausländische Gefangenschaft geraten sind, ein reiches Material von Klagen und Beschwerden über deren Behandlung vorliegt, aber wir hoffen, daß die Kulturwelt sich dem Eindruck des Beispiels, mit dem das deutsche Volk in der Behandlung solcher Klagen seinen Feinden vorangeht, nicht wird entziehen können und daß unsere Feinde ihrerseits die gleichen Maßregeln ergreifen werden, damit tunlichst alles Unrecht gesühnt wird, das irgend einem Kriegsgefangenen in diesem Kriege zugefügt ist. Damit wird der große Gedanke von der Herrschaft des Rechts auch zwischen den Staaten und Völkern für die Zukunft gesichert werden.

## Eine Unterredung mit Haase.

Genosse Haase hat dieser Tage einige sprachliche Journalisten empfangen. Kriegsberichterstatter von der Westfront, die in Fluggewagen und Automobilen als Erste nach Deutschland gekommen waren. Mit persönlichen nachfolgenden Bericht, der uns über die Unterredung zur Verfügung gestellt worden ist.

„Im neuen Deutschland läuft alles ruhig und glatt. Es ist auch nicht zu erwarten, daß diese Ordnung gestört wird. Wie in jedem Staate, so könnte auch bei uns ein Akt der Unordnung oder Aufregung erfolgen, aber die Regierung ist stark genug, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Ich kann also mit voller Sicherheit und Aufrichtigkeit sagen, daß die Voraussetzung, die Danzig in seiner letzten Note über die Nahrungsmittellieferung Amerikas gestellt hat, die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sichergestellt ist.“

Die Ernährung des deutschen Volkes ist eine sehr schlechte. Unter Verletzung der gesetzlichen Bestimmungen sind wohl an manchen Stellen Lebensmittel aufgehäuft. Wenn man viel Geld ausgibt, kann man sie erhalten. Aber selbst wenn die Nahrungsmittel gleichmäßig verteilt werden würden, die man in einzelnen Restaurants über die festgesetzte Ration hinaus bekommt, so käme doch auf den Kopf der Bevölkerung nur ein Gerings mehr. Ganz besonders groß ist die Not. Sie ist der Grund, weshalb ganze Kreise der Bevölkerung stark unterernährt sind.“

„Wie ist das Verhältnis zwischen Ihnen und den Rechtssozialisten, und wie stehen Sie zu der Spartakusgruppe?“

„Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat sich mit den Rechtssozialisten zu dem Zweck verbunden, um ein gemeinsames Ministerium zu bilden. Sonst bestehen beide Parteien selbständig nebeneinander. Obwohl wir in manchen Fragen verschiedene Anschauungen haben, so ist es bisher doch immer gelungen, einen Ausgleich herbeizuführen und die Regierungsgeschäfte kollegial zu führen. Die Spartakusgruppe hat viele Anhänger, ist aber wohl die kleinste unter den sozialistischen Gruppen. Wenn die Regierung politische, wirtschaftliche und soziale Reformen durchführt, dann ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Spartakusgruppe nicht wachsen wird.“

Und die Regierung ist fest entschlossen, solche Reformen durchzuführen. Sie wird dabei von dem Grundsatze geleitet, daß bei der Durchführung der Reformen unter keinen Umständen das wirtschaftliche Leben zerstört werden darf. Es darf nicht dahin kommen, daß die Produktion der Landwirtschaft oder der Industrie wesentlich gehemmt wird. Die Aufgabe der Regierung ist es vielmehr, die Produktion, das Ertrags der Arbeit zu steigern. Wir beabsichtigen zunächst einige monopolartige Betriebe, wie z. B. die großen Bergwerke, verstaatlichte, ländliche Industriezweige, in das Gemeineigentum überzuführen, sie zu „nationalisieren“. Es ist eine Kommission eingesetzt, die bestimmen soll, wie das durchzuführen ist. Wir wollen aber nicht etwa die kaufmännischen, oder die industriell leitenden Köpfe beseitigen, sondern sie vielmehr ausnutzen und für die neue Produktionssteigerung brauchen wir sie, nicht für den privaten Kapitalisten, sondern im Interesse des Staates. Die Import- und Exportindustrie werden von der Vergesellschaftung ausgenommen. Die Kommission setzt sich zusammen aus den namhaftesten Vertretern der Wissenschaft, nicht nur aus Sozialisten allein, sondern auch aus Männern anderer Parteien. Die Kommission wird Männer aus der Industrie, geistige und technische Arbeiter hören, sie wird dann angeben, unter welcher Bedingung und in welcher Form die Sozialisierung erfolgen und namentlich auch der Unternehmer entschädigt werden soll. Die letzte Entscheidung hat das Kabinett. Es sind keine Konfiskationen beabsichtigt, sondern es werden

angemessene Entschädigungen gezahlt werden. Die Kriegskonjunktur bleibt dabei jedoch unberücksichtigt, Kriegspreise werden nicht gezahlt werden.

Sämtliche Parteien im Deutschen Reich, auch die Konservativen, haben völlige Meinungsfreiheit und die Möglichkeit, ihre Anschauungen zu verbreiten und für ihre Ziele zu wirken. Wir kennen keine Unterdrückung des Bewusstseins und der öffentlichen Meinung. Wenn Sie die Zeitungen der Konservativen und der Spartakusgruppe lesen, können Sie sehen, daß die Regierung von allen Seiten scharf kontrolliert wird.

Die unabhängigen Sozialdemokraten haben die Kriegsverbrechen früher erkannt als die anderen Parteien. Wir waren uns klar über die Schuld der alten Machthaber in Deutschland und Oesterreich-Ungarn am Kriege. Wir hielten es für unsere Pflicht, auch mitten im Kriege öffentlich zu verlangen, daß das Völkerrecht unter allen Umständen gewahrt wird. Deshalb waren wir von vornherein Gegner des U-Boot-Krieges.

Das politische Kabinett der neuen deutschen Republik besteht aus sechs Sozialisten, aber die Fachministerien sind zum größten Teil mit bürgerlichen Ministern besetzt. Mit Ausnahme der Polen und der Konservativen sind alle Parteien in der Regierung vertreten. Der A- und S-Rat ist nicht nach politischen Gesichtspunkten gewählt, in ihn sind Vertrauensmänner der Arbeiter und Soldaten entsandt. Die Soldaten sind im Augenblick sehr begeistert von der sozialistischen Republik, dabei soll nicht verkannt werden, daß manche von ihnen noch nicht politisch gefestigt sind. Das ist ja bei der einseitigen nationalistischen Propaganda, die unter dem alten Regime eifrig betrieben wurde, nicht weiter verwunderlich.

Es gibt eine Reihe von Politikern, die nicht gegen die Nationalversammlung sind, aber die Meinung vertreten, sie dürfe nicht zu früh einberufen werden, weil zuerst die revolutionären Errungenschaften gesichert werden müßten. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Nationalversammlung erst einberufen werden sollte, wenn alle Wahlberechtigten die Möglichkeit haben, zu wählen. Die Soldaten müssen zurück sein, und es muß die Möglichkeit und Gelegenheit vorhanden sein, sie aufzuklären. Die Frauen wählen zum erstenmal, es ist daher notwendig, sie vor der Wahl über die großen politischen Probleme, um die es sich handelt, zu unterrichten. Diese Auffassung hat jedoch nicht gebindert, daß mit meiner Zustimmung der Wahltermin auf den 16. Februar 1919 festgesetzt wurde. Die Entscheidung über den genauen Termin wird noch einmal dem Vereinigten Arbeiter- und Soldatenrat des ganzen Deutschland, der am 16. Dezember zusammengetreten wird, unterbreitet werden. Mehrere hundert Vertreter aus dem Reich werden zu dieser Tagung erscheinen.

Die Regierung hat den festen Willen, mit den alten Methoden des Imperialismus und Militarismus endgültig aufzuräumen. Wenn irgendein alter Beamter die alten Methoden aufrechtzuerhalten versuchen sollte, so wird er entlassen, von seinem Amte zu entfernen.

„Was gedenkt die Regierung zu tun, gegen die Männer des alten Deutschlands, die den Krieg verschuldet haben, darunter auch den Kaiser?“

„Die Regierung ist jetzt damit beschäftigt, die Dokumente über den Ausbruch des Krieges, über die Verhandlungen zwischen unserer Regierung und den anderen Regierungen in Form eines diplomatischen Weißbuchs in korrektester Weise herauszugeben. Das Material muß erst gesichtet werden. Dann erst kann die Regierung zu diesem Problem Stellung nehmen.“

„Ist die Regierung der Ansicht, daß die am Ausbruch des Krieges schuldigen Personen durch einen deutschen oder einen internationalen Gerichtshof abgeurteilt werden?“

„Die Regierung hat sich mit dieser Frage noch gar nicht beschäftigt. Ich würde die schuldigen Persönlichkeiten vor ein Tribunal stellen und aburteilen lassen, aber ohne jede Nachsicht. Wenn es von mir abhängt, würde ich die

Schuldigen der Schande und Scham der ganzen Welt ausliefern. Das ist meine persönliche Auffassung.“

„Einige Leute in Deutschland und in Berlin haben Angst vor den Bolschewisten und meinen, daß doch wohl Entente-Truppen einrücken müßten, um den Bolschewismus zu bekämpfen.“

„Sie haben sich ja überzeugt, wie ruhig es in Berlin und in ganz Deutschland ist. Es gibt keinen Menschen, der den Einzug fremder Truppen in Deutschland erwartet oder wünscht, keinen, der annimmt, daß der Einzug stattfinden könnte. Wenn unter dem Worte Bolschewismus verstanden wird, Sabotage und Gewalttätigkeit, so ist damit hier nicht zu rechnen. Bolschewismus als System ist etwas ganz anderes. Es ist jetzt nicht einmal notwendig, daß bei uns eine besondere Schutztruppe für die Regierung gebildet wird. Truppen, die uns sehr fern sind, haben sich angeboten, nach Berlin zu kommen um die Regierung vor allen etwaigen Angriffen zu schützen. Wir haben das Angebot abgelehnt, weil wir glauben, eines besonderen Schutzes nicht zu bedürfen.“

### Die liberale Einigung.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ gibt parteiamtlich den Anschluß der Deutschen Volkspartei an die Deutsche Demokratische Partei bekannt. In der Ausdrucksweise, die dem Beschluß voranging, wurde betont, daß zwischen den beiden Parteien Übereinstimmung über die für ein gemeinsames Programm auszuarbeitenden Richtlinien erzielt worden sei, daß grundsätzliche Unterschiede in der Frage der Sozialisierung nicht beständen und daß man allgemein der Auffassung sei, daß die Eigenwirtschaft und die private Industrie unter Weiterführung der sozialpolitischen Gedanken die Grundlagen des Wirtschaftslebens bleiben müßten.

Eine Reihe von Führern der Deutschen Volkspartei, u. a. der Staatsminister Dr. Friedberg, wurden in den Ausschuss der Deutschen Demokratischen Partei gewählt. Eine Wok-Stresemanns Scheiterte angeblich an seiner Ablehnung. Man darf aber wohl annehmen, daß die Deutsche Demokratische Partei es ablehnte, diesen so überaus kompromittierten Vertreter der Machtpolitik in den Ausschuss aufzunehmen.

Eine inzwischen von der Leitung der „Deutschen Demokratischen Partei“ verbreitete Mitteilung betont denn auch, daß von ihr bei der Einigung zur Bedingung gemacht worden sei, daß diejenigen Persönlichkeiten, die bei der Kandidation für annexionspolitische Kriegsziele und bei der Amerika gegenüber bezogenen Politik eine führende Rolle spielten, sowie diejenigen, die gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt hätten, innerhalb der Partei nicht hervortreten dürften.

Der Partei angehören dürfen sie also. Und daß sie — wenn zunächst auch vielleicht hinter den Kulissen — nicht einflusslos sein werden, dafür dürften sie schon sorgen.

Wer aus der alten Nationalliberalen Partei ist überdies nicht durch sein Eintreten für annexionspolitische Kriegsziele und seine Haltung zu der Politik gegenüber Amerika kompromittiert?

Es genügt zu wissen, daß in der jetzigen Deutschen Demokratischen Partei nicht nur alle Fortschrittler einschließlich Kopsch und Diemer, sondern auch die Nationalliberalen aufgenommen sind. Was dabei an demokratischer Politik und an Mitarbeit an dem Werk der Sozialisierung herauskommen kann, liegt auf der Hand.

Triumphierend weist das „Berl. Labl.“ darauf hin, daß die jetzt zur Demokratischen Partei gestohlenen Elemente ja ihre Zustimmung zu den Richtlinien dieser Partei erklärt hätten.

„Sie stellen sich damit auf den Boden der republikanischen Staatsform und sind bereit, sie bei den Wahlen zu vertreten und den neuen Staat gegen jede Reaktion zu verteidigen.“ Sie erklären damit ferner ihre Zustimmung zu „einer neuen sozialen und wirtschaftlichen Politik“, sind bereit, „für innerpolitisch entwickelte Wirtschaftspolitik die Idee der Sozialisierung aufzunehmen, die Staatsdomänen aufzuteilen und zur Einschränkung des Großgrundbesitzes zu schreiten“. Ebenso sind sie, dem Aufruf vom 16. November entsprechend, für „stärkste Erfassung des Kriegsertrages, einmütig prozedieren Ver-

abgabepflicht, andere vorsehende Steuermaßnahmen, gefolgt von Garantierung der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechte“ usw.

Als ob eine solche platonische Zustimmung zu gewissen toten Sägen viel bedeutete! Man stelle nur die Erklärung der „Nationalliberalen Korrespondenz“ daneben, daß die Einigung erfolgt sei, nachdem man Einmütigkeit darüber festgestellt hätte, daß „die Eigenwirtschaft und die private Industrie... die Grundlagen des Wirtschaftslebens bleiben“ müßten!

Man mache uns doch nichts vor: die neue Partei wird eine Garde des kapitalinteressierten Bürgertums sein, deren demokratisches Mantelchen nur die Dummen über ihren wahren Charakter täuschen können wird! Wer ehrlich demokratische Politik will, wird — auch wenn er nicht Sozialdemokrat ist — in dieser neuen geeinten Partei keinen Wirkungskreis finden.

### Ein Rechtfertigungsversuch Davids.

Eduard David veröffentlicht im „Vorwärts“ eine Erklärung, in der es heißt:

1. Von der Auseinandersetzung zwischen dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem auswärtigen Amt erhielt ich erst durch die Zeitungen Kenntnis. Schon vor der Abreise zu meinen Wählern hatte ich mit Kautsky vereinbart, eine Kommission in Vorschlag zu bringen, der die Ältesten über den Kriegsbeginn zur Untersuchung überliefern werden sollten. Ueber die Zusammenlegung dieser Kommission waren wir ebenfalls einig. — Die Unterstellung, als ob ich mich irgendetwas „Schleeres“ bezugeben geneigt sei, dürfte damit erledigt sein. Ich wünsche selbstverständlich gründliche Aufklärung.

2. Was die Beurteilung des österreichischen Ultimatum an Serbien betrifft, so habe ich schon in meinem, im März 1918 erschienenen Buche über die Sozialdemokratie im Weltkrieg das Ultimatum als „griechische Wunde“ mit der Kriegserklärung an Serbien bezeichnet und idaree Kritik daran geübt, daß man deutschserbische Ceteris paribus Hand in seiner Aktion gegen Serbien ließ. — Ich bin aber nicht der Meinung, daß mit der Feststellung der Schuld am österreichischen Ultimatum die diplomatische Schuldfrage erledigt sei. Die Frage nach der bewussten Ausweitung des österreichisch-serbischen Konflikts zum europäischen Krieg ist ein weiteres und das wichtigste Kapitel. Und neben der diplomatischen Schuldfrage bleibt die Frage nach den eigentlichen Ursachen des Krieges zu erörtern. Bei all dem mit geschlossenen Augen an dem Verhalten und den Plänen der imperialistischen Regierungen der Gegenwart vorüberzugehen, bedeutet das Gegenteil einer gründlichen und gerechten Klärung der Schuldfrage.

3. Auf die vom bayerischen Ministerpräsidenten gegen mich geäußerte ungehörliche Behauptung, ich hätte die Interessen des deutschen Volkes bis aufs Blut verriet, antworte ich, daß ich während des Krieges den Interessen unseres Volkes besser gedient hat, Herr Eisner oder ich.

Genosse Eisner hatte verlangt, daß diejenigen Personen aus dem Auswärtigen Amte ausscheiden, die sich und das deutsche Volk durch ihre Unterstützung der Kriegspolitik der alten Regierung und ihre Vertretung vor der rechtfertigen auf schlimmste kompromittiert haben. David wird selbst nicht leugnen wollen, daß er während des Krieges dahin ging, die Verantwortung für die deutsche Politik auf die alten Machthaber zu verlagern, was während des Krieges den Interessen unseres Volkes besser gedient hat, Herr Eisner oder ich.

Im übrigen ist fernerlich mit der Feststellung der Schuld der deutschen Regierung an dem Vorgehen Oesterreichs gegen Serbien noch nicht alles erledigt. Aber tatsächlich liegt in dieser Schuld der alten Machthaber der Keim aus dem sich alles weitere, und insbesondere auch die Ausweitung des österreichisch-serbischen Konflikts zum europäischen Krieg mit Notwendigkeit entwickelte. Und sicherlich bleibt neben der diplomatischen Schuldfrage die Klärung der imperialistischen Tendenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems als „Ursachen“ des Krieges — jenseits der Tendenzen, die eine Atmosphäre höchster Spannung schufen. Aber nicht zum wenigsten waren es wieder die deutschen Machthaber, deren imperialistisches Streben immer wieder Erbitterung und Erregung weckte, die

## Die Wende.

II.

### Evolution und Revolution.

Es gibt nur eine Möglichkeit herzustellen, aber zwei Möglichkeiten geistiger Entwicklung. Die hierarchisch-organische Entwicklung verläuft durchaus stetig. Ob aus dem Samen Korn durch langsam-helliges Wachsen die Pflanze, ob aus dem befruchteten Ei des Mutterwesens in langsamster Stetigkeit ein Menschenkind wird, ob sich dieses Menschenkind dann im leichten Zellenbau zum Jungen, zum Jüngling, zum Manne, zum Greis entwickelt: immer verläuft der hierarchische Prozeß im mikroskopisch kontinuierlichsten unmerklich veränderlichen Stufen.

Auch im Geistigen, sei es in der Entwicklung des einzelnen, sei es in der der Gemeinschaften, ist das Gesetz der Stetigkeit als die oberste Regel gefunden worden. Die Stetigkeit der Entwicklung ist durch die Gesetze der Natur und der Gesellschaften bewiesen worden. Tausendfache Beispiele wurden bereits dafür gesammelt. Ob es sich um die Entwicklung philosophischer Ideen, ob es sich um die Ausbildung einer Maschine, ob es sich um die lächerliche Kleinigkeit der Entwicklung vom viergliedrigen Querschnitt der Urzeilen, der die Finger der Hand erlebte, bis zum vielgliedrigen engsten Staubkorn der Regentropfen handelt: immer geht der Weg in Millimeterstufen naheher Verührung der unmittelbar benachbarten Stadien.

Kun gibt es aber noch eine zweite Möglichkeit geistiger Veränderung: der an die Stelle der evolutionären Entwicklung tretende revolutionäre Umsturz. Diese revolutionäre Zustandsänderung kann — im rein Geistigen der Wissenschaft wie im Reichlichen der Zivilisation wie auch im Wirtschaftlichen des Gemeinheitslebens oder im Politischen der Staatsformen — immer nur dann ausbrechen, wenn die gesunde stetige Entwicklung durch ein Außerhalb längerer Zeit hindurch gehemmt worden ist. In diesen Fällen sammeln sich die neu gewordenen Kräfte wie in einem Stauden, überhöhen Dampfessel, dem die Schreusen oder die Ventile fehlen, zur größten inneren Spannung. Solange der Damm der Gewaltmaßnahmen gestützt, noch härter ist als der Druck des organischen Wachstums von innen, solange stagniert die Entwicklung auf ihrem Wege. Wenn dann aber die inneren Spannkraften so lange heftig in sich selbst Rolle nach Rolle, die keinen freien Raum finden, in immer vermehrter Zahl angestaut haben,

bis deren Sprengkraft die Dammmaße überwiegt: dann stoßen sich die immanenten Kräfte gewaltig auf, springen die bisherigen Formen, schlagen die Staudämme in Trümmer, gehen im rapidesten der plötzlich frei werdenden Energien gewaltig ihre altgewohnten, neu-gestalteten Wege.

Dies ist, wie gesagt im Wirtschaftlich-Politischen nicht anders als im Geistigen. Wir haben es hier nur mit geistigen Prozessen zu tun. Der Beispiele stehen viele zu Gebote. So hat etwa der Mißbrauch, den die spätantike Kultur mit der Unterdrückung des weltlichen Lebens der Sklavengesellschaft trieb, zur Revolution des Christentums geführt; so hat sich die revolutionäre Bewegung der Reformation gegen die Geistesvernebelung der katholisch-kirchlichen Herrscher des damaligen Rom gewendet; so haben die neu aufblühenden bürgerlichen Gemeinschaften im Beginn der neuen Zeit, im vierzehnten und fünfzehnten Jahrhundert, die kirchlich-gotische Kunst der ritterlichen und geistlichen weltlichen Oligarchien durch revolutionäre Großmeister, durch Giotto, Masaccio und Donatello in Italien, durch Hubert von Eyck, Konrad Witz und Hans Memling im Norden gebrochen. In Welt und Gefühl gewaltig von außen her getrieben worden waren, sammelte sich im Inneren eine Summe neuer Energien, die so lange gegen die stehenden Wände der Konvention anstießen, bis diese nachgaben und dem härtesten Gegensatz zum Widerstehen freie Bahn lassen mußten.

Esieht man sich die Folgen an, die herartige Revolutionen gehabt haben, so findet man in allen Fällen, ohne jede Ausnahme, ein Mahnendes der Zeit. Immer noch haben, so weit wir die Kulturgeschichte überblicken, die Evolutionen stetig geförderter neuer Energien in langsam-gesundem Wachstum ihr Ziel erreicht, die Revolutionen der gewaltigen Verdrängung gesammelter Energien zu Rückschlägen, zu Reaktionen geführt. So war, nach den Sklavenaufständen, die durch Paulus als Ersten eingeleitete Reaktion der katholischen „Kirche“ gegenüber dem Christentum des ephesischen Gernies Jesus von Nazareth eine ungeduldige; so hat die protestantische „Kirche“ die geistige Freiheitslehre Luthers verdrängt; so kam es nach Masaccio und Donatello zur Reaktion Botticellis, nach Eyck und Witz zur Reaktion der nordischen Epitaphen mit Roger und Erwanauer. So war immer noch im Werden wie im Kleinsein, die Folgereaktion einer gewaltigen Revolution die Reaktion.

Wird, das hier Revolutionen ohne jegliches positives Er-

gebnis geblieben wären. Denn die auf gewaltigen geistigen oder politischen Umsturz folgenden Rückführungen gehen niemals bis zum ursprünglichen Ausgangspunkt zurück. Das geschieht nur bei körperlicher Blut sind nicht völlig umsonst bezahlt. Ergebnisse bleiben. Ob im Wirtschaftlichen und Politischen, wo ja auch die bürgerlich-kapitalistische Republik in Frankreich nach der blutigen Revolution von 1789 immerhin bedeutende Verbesserungen gegenüber der Autokratie und Selbstherrlichkeit der früheren Gewaltkönige aufweist; ob im Geistigen, wo Katholizismus heute besser ist als weltliche Elitenwissenschaft; Protestantismus heute besser als die weit härtere Geistesvernebelung und als der verrückte Seelenkauf des päpstlichen Rom der Renaissance; wo die evangelische Vortriebskraft des Schopenhauers doch nicht mehr so leergeräuschtes, degeneriert-liebliches, banal-schönlingses Gefühl wie bei deladene Dogmatik gibt.

Doch viele andere Beispiele geistig-künstlerischer Entwicklung beweisen auch, daß durch kontinuierlichen Übergang und stetigen Wachstum einerseits das gewohnte Ziel nur annehmend langsam kam, im Urtum der Gewohnheit aber rascher erreicht wurde; andererseits dabei nicht nur die Seelenopfer vermissenden Stagnation eripiert werden, sondern auch die beherrschten Resultate reiner erstehen. Zwar kann man die Cyper, die auf jener Seite saßen, gegen die sich eine Revolution richtet, ihrem Schicksal lassen; denn diese haben eben die unfähbar-schwerste Schuld der gewaltigen Hemmung gesunder Entwicklung auf sich geladen. Doch auf der Kreisbesetzte erfordert jede Revolution, im Weiteren historischer Ueberst. Cyper, die aufs härteste zu beklagen sind. Denn es sind gerade die Tüchtigsten, Treuesten, beständigsten, die im Kampfe einen großen Teil ihrer inneren Energien verbrachten, die, falls das Gewalttun eripiert geblieben wäre, in fruchtbar-positivem Sinne hätten wirken können.

Und nun ermache man: wie wohlwollend, wie gütig und empfangsbereit man einer Zeit gegenüberstehen muß, die, wie die heutige der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft, trotz des Gegenüberstehens der Extreme die Stetigkeit der Entwicklung im Bereich der Wende aus einer Anschauung in die andere wachert. Die Übergangsmittel, die sich bei dem Wende bieten, mögen noch nicht klar wissen, was sie wollen. Sie mögen noch unferne, wankende Gebilde gehalten. So mögen die Anabaptisten im Stimmwechsel protestale Töne zeigen, so wie die hierarchischen und geistigen „Högeljahre“ jedes Reg-

besonderer Rücksichtslosigkeit und besonderem Ungeklid ihre Ziele verfolgten. Zudem trifft sie die Schuld, daß sie, obgleich jene Hochspannung in der politischen Atmosphäre herrschte, ihre unheilvolle Politik vom Hochsommer 1914 einschlugen. Die Veruche, die alten Machthaber Deutschlands reinzuwaschen, werden immer Flakso erleiden. Und wenn Eduard David auch jetzt noch glaubt, sich diesem Beginn unterziehen zu sollen, so liefert er damit nur einen neuen Beweis dafür, daß er zur Vertretung der auswärtigen Politik Deutschlands nicht gerade der geeignete Mann ist.

### Die Befehung des linken Rheinufer.

Die deutschen Truppen haben nunmehr das linke Rheinufer so gut wie ganz geräumt, die Belgier, Engländer, Amerikaner und Franzosen sind nachgerückt. Die nachstehenden Meldungen geben ein Bild der Situation:

**Köln, 3. Dezember.** Ueber eine Woche marschieren die Oerzregimenter von der Westfront über Köln und Umgebung nach dem Osten zu. Als letzte geschlossene Formation verließ heute nachmittag kurz nach 4 Uhr das Infanterie-Regiment Nr. 871 die Stadt und zog über die Dombrücke ins bergische Land. Aus diesem Anlaß wurde eine Abschiedsfeier vor dem Südportal des Domes veranstaltet. Eine ungemein große Menschenmenge umstürmte den Platz, um den letzten scheidenden Truppen Lebwohl nachzurufen. Die Militärkapelle spielte und die Schulen sangen Ehre.

**Köln, 4. Dezember.** Vom 5. Dezember ab mittags 12 Uhr ist der gesamte Personen- und Güterverkehr von der linken nach der rechten Rheinseite gesperrt.

**Neupied, 4. Dezember.** Der Uebergang der ersten Armee des Generals von Eberhard über den Rhein ist im wesentlichen beendet. Heute marschieren die letzten Divisionen der Armeegruppe Lindeauß und der Ammesgruppe Porne über den Rhein. Die Truppen der 1. Armee hatten von der am weitesten vorgeschobenen Front bei Baan durch die Eifel einen sehr beschwerlichen Weg zurückzulegen, aber der ausgezeichnete Zusammenhalt der Truppe, die von dem besten Weite besetzt ist, konnte alle Hindernisse überwinden. Das Oberkommando der 1. Armee hat Neupied heute verlassen. Mit dem Abbruch der Eifelbrücke ist bereits begonnen. Die Amerikaner sind bereits in Manen eingerückt.

**Düsseldorf, 4. Dezember.** Heute nachmittag rücken zwei belgische Kavallerie-Abteilungen in Stärke von 800 Mann in den linksrheinischen Stadteil Düsseldorf ein. Jeder Verkehr zwischen den beiden Rheinseiten ist verboten, auch die Beförderung von Lebensmitteln und Milch aus dem besetzten Gebiet in den rechtsrheinischen Stadteil ist nicht gestattet. Alle Posten müssen abends 7 Uhr schließen. Ansammlungen sind verboten. Belgische Kavallerie rückt nach Aachen weiter und wird durch Infanterie abgelöst.

**Düren, 4. Dezember.** Zwei englische Kavallerie-Regimenter sind im Anmarsch auf Düren. Quartiermacher der Engländer trennen hier ein. Der Kreis Düren wird 10 000 Mann Besatzung erhalten.

**Ludwigsbafen, 4. Dezember.** In Neustadt a. O. wurde heute von Besatzungstruppen das Post- und Bahnhofsgebäude besetzt. In Ludwigsbafen traf heute mittag ein französischer Offizier mit drei Mann ein und begab sich in das Hauptpostgebäude. Der Telefonverkehr von Ludwigsbafen nach dem rechtsrheinischen Gebiet ist vorläufig eingestellt.

**Berlin, 3. Dezember.** Die Alliierten und die Vereinten Staaten haben gegen die Waffenstillstandskommission erklärt, daß sie es nicht dulden werden, daß deutsche Soldaten nach Auscheiden aus dem Truppenstil in den besetzten Gebieten umherstreifen. Jeder Soldat, der auf dem linken Rheinufer verbleibt, wird von den Alliierten als Kriegsgefangener behandelt werden.

### Ausweisungen aus Straßburg.

W. T. T. teilt mit: Der französische Kommandant von Straßburg hat etwa 100 deutsche Bürger ausgewiesen und in Acht über die deutschen Linien abschieben lassen. Unter den Ausgewiesenen befinden sich eine große Anzahl angesehenen Persönlichkeiten. Die Ausgewiesenen mußten Straßburg unter Zurücklassung ihrer Habe innerhalb 24 Stunden verlassen und kamen ohne Vermittel im belgischen Gebiet an.

und jeder neuen Gemeinschaft: Hobbige, ungeschlichte, unbeherrschte Weiten und Taten gelassen mögen. Wiederrum von größerer Weite aus betrachtet, wird Toleranz oberstes Gebot: zusehen können beim Werden und Wachsen, ohne noch „Bertigen“, leiblich Wohlendes zu verlangen; Anerkennen des Strebens nach Neuem, um des Strebens und des Zieles willen; stetiges Mitgehen auf verlockten Wegen geistiger Verzeihen, falls sich diese Wege als blinde Wege erweisen: Liebe zur Entwicklung, Wille zum Werden, Helfendes Mitgehen wird hier Gebot.

In einer derartigen Zeit der heiligen Wende auf bildenderem Gebiete stehen wir heute mitten innen. Die Bilder der Wende es in der Selbstheit ihres Seins. Im Unklaren, Verwirrungen ihrer Wirkung. Gestärkt der Form kann noch nicht herrschen, wo eine neue Bestimmung zwar weis, was sie will, aber den klaren Weg noch nicht kennt, der sie zu diesem Ziele führt. Wo Pioniere an der Arbeit sind. In einer Arbeit die Schweres erfordert: eine gänzliche Umstellung der inneren Bewusstseinslage künstlerischen Schaffens: eine Umwälzung vom naturalistisch-naturalen in eine naturferne, erregungsreiche Bestimmung.

### Der Argonnenkämpfer.

Der Kranzring schrieb, jeder Argonnenkämpfer verdiene einen besonderen soldatischen Ehrentitel.

Ehe wir ausrücken, wurden zwischen uns junge und alte Leute geführt, die monatelang in den Argonnen gelegen hatten. Sie erzählten eines Abends an, heiser, verwahrloht, wie wir uns Landkinder nicht pedant hatten. Nun, in der Tat, es kam dann auf freier Truppenübungsplatz auch manches vor: die verwirrten Argonnenkämpfer hatten keine rechte Lust zum Exzerzierdienst, und sie grühten auch nicht ordentlich. Es wurde uns mitgeteilt, daß der Major einen wegen seines schlechten Größens angehalten habe, der sei aber mit den Worten „Ach was, ich bin ein alter Landwehmann!“ weitergegangen; der Major, sprachlos vor Schreck, habe sich unzuständig gefühlt und sofort das Kriegsgericht anberufen.

Vorher oder heute, gleich nach ihrer Rückkunft aus dem Argonnen-Walde in die Kasernen, der Kommandeur eines anderen Bataillons sie zusammenzurufen lassen und eine kurze Ansprache gehalten: „Ihr seid eine Kämpferbande gewesen; jetzt habt ihr wieder Soldaten zu sein.“ Sie botten sich wohl angebildet und

### Von der Armee Madenien.

**Budapest, 3. Dezember.** Der Generalstabschef der Armee Madenien, Oberst von Schwarzfoppen, hat heute in Budapest die Verhandlungen über die technische Durchführbarkeit der Internierung der Armee Madenien mit der ungarischen Regierung angenommen. Die Nachricht, daß der in Siebenbürgen befindliche Teil der Madenien-Armee vor dem General Berthelot die Waffen geliebert habe, entspricht nicht den Tatsachen. General Berthelot hat im Verlaufe der mit ihm gepflogenen Verhandlungen erklärt, daß er zwar auf die Durchführung des Waffenstillstandsvertrages bestohe, daß er aber auf die Durchführung der Waffenlieferung keinen Einfluß ausüben wolle und sie im Sinne des Waffenstillstandsvertrages der ungarischen Regierung überlasse.

### Die Engländer in Wilhelmshaven.

**Wilhelmshaven, 3. Dezember.** Das englische Geschwader unter Admiral Browning ist gestern abend hier eingelaufen. Starke Nebel zwang es zunächst, auf der Schilling-Heide vor Anker zu gehen.

### Finanzabkommen der Waffenstillstandskommission.

**Brno, 2. Dezember.** Der Vertreter der „Transocean“-Nachrichtengesellschaft meldet:

Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnete am 1. Dezember das Eckschloßprotokoll, in dem unter anderem folgende Vereinbarungen mitgeteilt sind: Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu ergreifen, welche geizt sind, ihren fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgendeiner Weise zu vermindern, da dieser Besitz das gemeinsame Unterpfand der Alliierten zur Deckung der Kriegsschäden ist, auf die sie Anspruch haben. Weiter verpflichtet sich die deutsche Regierung, die Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Forsten sowie die Unternehmungen telegraphischer, industrieller und kommerzieller Art, welche ihr gehören oder an denen sie beteiligt ist, weder zu verkaufen noch zu kreditieren, noch zu verpfänden. Ferner verpflichtet sich die deutsche Regierung, während der Dauer des Waffenstillstandes und ohne den Bestimmungen vorzugreifen, welche für die Zukunft getroffen werden, keine Goldausfuhr vorzunehmen oder zu gestatten. Sollte sie sich unbedingte erzwungen sehen, für die normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens von den Bestimmungen dieser Bedingungen abzuweichen, muß sie vorher hieran die alliierten Regierungen in Kenntnis setzen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich weiter, außerhalb der normalen Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens aus dem Bestände an Auslandswährungen, welche dem Reichsschatzamt oder der Reichsbank gehören oder in ihrer Eigenschaft als Devisenzentrale in ihrem Besitze befinden, keinerlei Uebertragung in das Ausland weder direkt noch durch Mittelpersonen vorzunehmen. In Bezug auf die Rückzahlung der nach Deutschland übergeführten Vorräte aus den Gebieten der Alliierten, welche im Waffenstillstandsvertrage vorgesehen ist, wurde vereinbart, daß die Rückzahlung der aus Belgien und Nordfrankreich kommenden Geldsummen in derselben Währung geschehen soll, in der sie feinerzeit eingezahlt wurden. In den Fällen, in denen dies nicht möglich ist, soll die Rückzahlung in Mark erfolgen, und zwar zum provisorischen Kurse von 1,25 Franken für die Mark.

### Eine neue Amnestie.

Im Anschluß an den Erlass einer politischen Amnestie hat die Reichsregierung am 19. November einen großzügigen Straf-Erlass für nicht politische Straftaten angeordnet. In Ausführung dieses Beschlusses hat der Reichspräsident am 3. Dezember eine Verordnung beschloffen, die demnach im Reichs-Verwaltungsblatt veröffentlicht wird. Diese Verordnung läßt alle Verfahren vor bürgerlichen Behörden wegen solcher Straftaten nieder, die nur mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bedroht sind. Darüber hinaus werden solche Personen besonders berücksichtigt, die aus Not, aus Unvorsichtigkeit oder infolge von Verführung behandelt haben. Dies kommt vornehmlich Frauen und anderen Angehörigen von Kriegsteilnehmern zugute, die diese in Haus oder Beruf vertreten und hierbei Straftaten begangen haben.

Bereits erkannte Strafen werden allgemein erlassen, soweit sie ein Jahr Gefängnis oder ein Jahr Haftstrafe oder 3000 Mark Geldstrafe nicht übersteigen. Bei schwereren Strafen wird Strafverlaß unter der Bedingung gewährt, daß der Verurteilte sich 3 Jahre straffrei läßt. Dieser be-

nachher mitteilen sie untereinander, wie der Hauptmann dieser Räuberbande heiße. Einer wollte los und beruhigte sich erst, als ein vernünftiger Felsengel ihm für zwei Tage unter Alkohol lehte. Ein anderer Offizier sprach nicht anders als von „Argonnen-Schweinen“, und es lehte noch andere „soldatische Ehrentitel“.

Gener Stabsoffizierkommandeur ist übrigens bald in Russland gefallen; acht Augen hatten ihn von hinten getroffen. Am Verbondplatz höhnte er: „Kinder, so hab ich's nicht mit Euch gemeint!“ Er hätte launlos sein und zeigen sollen, wie er es meinte, nicht wie er es nicht meinte.

Sie hatten Monate in den witterzerstörten Höhlen, in der Not des schlechenden Waldes verbracht. Sie hatten Unterordnung gelernt, weil es dort nur Kameradschaft gab, und Disziplin, weil dort jeder Mann für sich stand. Sie hatten geliebt, geliebt, sie hatten geliebt, vor Kasse geizig, gefroren. Sie waren Argonnenkämpfer, und darum — und schon so bearrigt — Räuber, und darum Schweine?

Aber es war nie anders. Soldaten liegen sie selten: in der Kaserne „Keris“ (im allerbesten Falle), in den Zeitungen „Helden“.

### Die höchsten Städte der Welt.

Die höchsten Städte der Welt finden sich im tropischen Amerika, auf den Hochplateaus der Anden und in Mexiko. Den Höhenrekord hält dort die Stadt Quindara in Bolivia mit einer Höhenlage von 4102 Metern, nicht viel niedriger liegen die bolivianischen Städte Potosi, das früher 150 000 und heute wegen des Niederganges der Minenindustrie 12 000 Einwohner zählt, mit 4000 Metern und Oruro, dessen Bevölkerung aus dem gleichen Grunde von 70 000 auf 7000 zurückgegangen ist, mit 3743 Metern. In Peru liegen die dichtbesiedelten Ortschaften in Höhen zwischen 1500—3500 Metern. Eine Ausnahme bildet hier aber das 14 000 Einwohner zählende Torre de Pasco, das mit einer Höhe von 4302 Metern den Gipfel der Jungfrau noch um 135 Meter übersteigt. Aber nicht nur in Bolivia und Peru, sondern in allen zwischen Chile und den Vereinigten Staaten gelegenen Ländern haben sich die Menschen im Hochgebirge angesiedelt, um einmal der drückenden Hitze der Küstenseite zu entziehen und zum andern, um die reichen Mineralvorkommen der Berge auszubeuten. So erhebt sich Luito, die 50 000 Einwohner zählende Hauptstadt von Ecuador, 2850 Meter

single Strafverlaß greift ohne weiteres Platz, wenn nur noch ein Strafverlaß von höchstens einem Jahre zu verbüßen ist. In noch mehr zu verbüßen, so tritt der bebingte Strafverlaß nur dann ein, wenn die Erwartung gerechtfertigt ist, daß der Verurteilte die Freiheit nicht zu neuen Straftaten mißbrauchen wird. Kriegswaher werden von der Straffreiheit ausgeschlossen; Verurteilungen leichter Art gegen die alte und die neue Preisverleihungsordnung und gegen die Höchstpreisbestimmungen sind unter gewissen Einschränkungen in den Strafverlaß einbezogen. Die Verordnung gilt für das Reich. Günstigere Bestimmungen einzelstaatlicher Amnestie bleiben jedoch in Kraft.

Eine umfassende Amnestie in militärischen Angelegenheiten steht unmittelbar bevor.

### Der Wahltermin für die Nationalversammlung.

Gegenüber einer Äußerung auf der Tagung der Frontsoldatenräte in Ems, daß der Termin der Wahlen zur Nationalversammlung im Rat der Volksbeauftragten mit vier gegen zwei Stimmen festgelegt worden sei, teilt W. T. T. mit, daß die Bestimmung des 16. Februar als des Wahltages, mit fünf Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen wurde.

### Für die bayerische Nationalversammlung.

**München, 4. Dezember.** Vor dem Ministerium des Reichern am Fremdenverkehr fand heute mittag eine Demonstration statt. Von der Kaserne des Pionier-Bataillons zog ein Demonstrationstrupp aus geschlossenem Front- und Heimatstruppen unter Vorantragung einer schwarz-rot-goldenen Fahne nach dem Ministerium des Reichern. Dort begab sich eine Abordnung der Pioniere zum Reichspräsidenten, der sie im Beisein des Gesamtministeriums empfing. Der Sprecher, der erklärte, daß hinter den Demonstrationen die gesamte Münchener Garnison stehe, forderte das Ministerium auf, um anti-revolutionäre Propaganda unmöglich zu machen, sofort den Termin der Nationalversammlung für den Volksaufmarsch in Bayern bekannt zu geben. Ministerpräsident Eisner versicherte, daß in den nächsten Tagen bereits der Termin für die Nationalversammlung dem Volke bekannt gegeben werde.

### Familiendifferenzen.

„Prinz“ Adalbert von Preußen veröffentlicht aus Kiel nachstehende Erklärung:

„Die Rundgebung des Prinzen Heinrich an alle Familienmitglieder des Hohenzollern-Hauses, die mir lediglich durch die Zeitungen zur Kenntnis kommt, zwingt mich für meine Person zu nachstehender Erklärung:

Am 20. November habe ich mich durch ein Telegramm an den Volksbeauftragten Ebert zur Verlegung der letzten Reichsregierung gestellt. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Prinzen Heinrich sehe ich allein in dieser die Obrigkeit, die mit allen meinen Kräften zu unterstützen ich für meine vornehmste Pflicht halte.

Adalbert, Prinz von Preußen.“

In dieser Erklärung wird jedenfalls die richtige staatsrechtliche Auffassung vertreten, sehr im Gegensatz zu der mittelalterlich anmutenden „Rundgabe“ des ehemaligen Großadmirals.

### Die Teuerungszulage im Kriegsministerium.

Der Soldatenrat des Kriegsministeriums Mittel und um Aufnahme folgender Notiz:

Durch Erlass des Kriegsministeriums vom 26. 11. 18 — Nr. 1593. 11. 15. B 4a — ist bekannt gegeben, daß den bereits im Erlass von 4. 9. 16. — Nr. 540. 8. 15. B 4a — mit einer Teuerungszulage bedachten Offizieren, Beamten und Unteroffizieren wiederum eine Teuerungszulage ausbezahlt werden soll. Wegen die nochmalige Auszahlung dieser Teuerungszulage hat der Soldatenrat des Kriegsministeriums an zuständiger Stelle nachdrücklich Protest erhoben.

Sowohl die direkte Teuerungszulage zur Auszahlung gelangt ist, oder noch zur Auszahlung gelangen sollte, ist mit der nachliegenden Möglichkeit und Fairness nicht zu rechnen, daß die empfangenen Beträge zurückerhalten sein werden. Eine Teuerungszulage auf sozialer und demokratischer Grundlage, durch die sämtliche, in Beamtenstellen beschäftigten Militärpersonen ohne Rücksicht auf ihren Dienstgrad in gleicher Höhe berücksichtigt werden, ist seitens des Soldatenrats des Kriegsministeriums beantragt.

über dem Meeresspiegel, Santa Fé de Bogota, die 100 000 Einwohner zählende Hauptstadt von Columbia, 2645 Meter, und endlich Mexiko, das mit seinen 800 000 Einwohnern zu den größten Städten Amerikas zählt, 2300 Meter. In anderen Teilen der Welt sind so hochgelegene Wohnzentren seltener. In Äthien ist Khassa, die Hauptstadt von Tibi und das Zentrum des Buddhismus, zu nennen, das 2300 Meter über dem Meeresspiegel liegt. Aber davon abgesehen, finden sich auf dem asiatischen Hochplateau seine volltrecken Siebelungen, was in dem ungewöhnlich kalten Klima und der Schwierigkeit der Feldbewirtschaftung keine ausreichende Ernährung findet. Mit Erzug auf die Höhe bevölkerte Städte kann nur Afrika mit Amerika konkurrieren, insbesondere Mexiko, das annähernd auf dem Breitengrade Columbias liegt. Die großen Städte dieses Landes erheben sich ausnahmslos zu Höhen, die 2000 Meter übertragen. So Aljun mit 2300, Ancoed mit 2500 und Gondar mit 2273 Metern. Die anderen Weltteile weisen über 1500 Meter keine in Betracht kommenden Städte auf. Speziell für Europa kommen hier nur Döser in Frage, unter denen das Harzort Juf im Aerdial des schweizerischen Kantons Graubünden mit 2118 Meter Höhe wohl die höchstbewohnte Ortschaft sein dürfte.

### Die Schätze der Hagia Sofia.

Die Eosien-Moschee in Konstantinopel beherbergt viele Schätze, die von Christen nicht beachtet werden dürfen. Einer der größten ist eine Sammlung von 2000 Handschriften, von deren Dasein man, ehe die Jungtürken an die Macht kamen, kaum eine Ahnung hatte. Gelehrte, die Gelegenheit hatten, die Sammlung zu sehen, sagen, daß sie unschätzbar ist. Es gibt kein Verzeichnis der Handschriften, und viele von ihnen sind vom Staub der Jahrhunderte bedeckt. Die zehn kostbarsten Werke werden in einem uralten Schrein von Perlmutter aufbewahrt. Sie sind in einer Sprache geschrieben, die nur wenige Meister in China und Turkestan entziffern können. Das kostbarste von allen Büchern der Sammlung stammt aus dem Jahre 1220. Es ist eine Handschrift des berühmten Arzneibuchs von Avicenna. Das Buch ist 8 Fuß lang, 3 1/2 Fuß breit und enthält 800 Jahre 911, das dem türkischen Sultan von C. überreicht wurde. Der Einband des Buchs ist aus Goldplatten.

# Schweizerische Angriffe auf die Preßburger Brücke.

Budapest, 4. Dezember. Western nicht griffen wieder harte schweizerische Posten die Marschbrücke bei Preßburg an, wurden aber durch ungarische Infanterie und Artillerie abgewiesen; der Kommandant der schweizerischen Abteilung verließ sich, wie der "Feiter Lloyd" meldet, solange er das Kommando innehatte, einen Angriff auf die Marschbrücke nicht zu unternehmen.

## Um das Koalitionsrecht.

Bern, 4. Dezember. (Schweizerische Depeschen-Agentur.) In der heutigen Sitzung des Nationalrates wurde seitens der Sozialdemokraten das Streikrecht des Staatspersonals gefordert. Der Chef des Eisenbahndepartements erklärte unter Zustimmung der bürgerlichen Mitglieder des Rates, daß eine Arbeitsniederlegung des Staatspersonals in der Demokratie nicht ein Streik, sondern eine Auflehnung gegen den Staat sei. Der Bundesrat treffe Maßnahmen, um die Wiederholung des Streiks bei den Bundesbahnen auszuschließen oder wenigstens in seiner gefährlichsten Wirkung einzuschränken.

## Armeniermorde im Kaukasus.

Neue Greuelnachrichten kommen aus dem Kaukasus. Nicht genug damit, daß die Türken bei ihrem Raubzug gegen Transkaukasien im Frühjahr und Sommer Tausende von armenischen Flüchtlingen abschlachteten, haben sie nun, bei der Räumung der besetzten Gebiete, neue Morde veranfaßt. Wie der "Vormärk" meldet, geht die Zahl der armenischen Opfer in die Hunderttausende. In Baku, in Ardahan und Oltu ist es zu regelrechten Abschlachtungen gekommen. In Baku allein sollen 30 000 Armenier getötet worden sein. In einigen Städten ist die armenische Bevölkerung restlos vernichtet. Wie die Tataren ausliefen, hätten sie von den abziehenden Türken die Erlaubnis erhalten, drei Tage lang in den armenischen Ortschaften zu plündern.

So leben die „brüderlichen Bundesgenossen“ der alten deutschen Regierung aus. Auch das Blut der unschuldigen Opfer der türkischen Soldateska fällt auf das Haupt der deutschen Kriegspartei, die mit Hilfe ihrer Klienten Enver, Talat und die türkische Volk für die Zwecke der deutschen Reichspolitik in den Krieg geherd hat.

Abwehrung Lembergs durch die Ukrainer. Das ukrainische Telegraphenbureau in Lausanne meldet, daß Lemberg von den Ukrainern zurückerobert worden ist. Bisher wurden 836 Opfer der Lemberger Pogrome beerdigt.

## Aus der Partei.

### Ein neuer Mitkämpfer.

In Württemberg a. Rube erscheint seit Montag unter dem Titel „Freiheit“ eine neue Tageszeitung, die die Interessen der unabhängigen Sozialdemokraten vertreten soll. Als verantwortlicher Redakteur zeichnet G. Rindler.

### Eine Zeitung der Unabhängigen in Bremen.

Wie gemeldet wird, wurde zwischen dem Verlag der „Bremser Bürgerzeitung“ und der sich in den Händen der Reichssozialisten befindet, und der Parteileitung der Unabhängigen vereinbart, daß der Verlag den Druck eines Organes der Unabhängigen übernehmen solle. Die auf dem Boden des Spartakusbundes stehende kommunistische Partei gibt den täglich erscheinenden „Kommunisten“ heraus.

### Wiedererleben der finnischen Sozialdemokratie.

Die finnische Gegenrevolution, deren schändliche Verbrechen nur durch die schwache Unterstützung des deutschen Militarismus ermöglicht war, muß jetzt nach dem Sieg der russischen Revolution ihre Schreckensherrschaft abgeben. Ein Telegramm aus Helsinki meldet, daß die Regierung geneigt sei, gegenüber der Arbeiterbewegung eine veränderte Politik einzutreten zu lassen, insbesondere die Gewerkschaften wieder zu gestatten und die Beschläge der Vereinskasse und des sonstigen Eigentums der Arbeitervereine anzuhören. Drei beschlagene Trudereien wurden bereits freigegeben. Der höchste Gerichtshof erkannte, daß das in Sachen der sozialdemokratischen Zeitung vor Monatsfrist verhängte Verbot am 11. Dezember aufhört.

Auf Grund eines besonders erwirkten polizeilichen Verfügung erscheint die Zeitung bereits heute unter dem Namen „Neue Sozialdemokratie“. Die Zeitung leitet ihr Erscheinen mit einem Artikel ein, in dem die Arbeiter ernstlich zu Besonnenheit ermahnt werden. Die deutsche Arbeiterklasse werde sich voraussichtlich gegen die Nationalversammlung loyal verhalten. Mit Schärfe müsse man eine bolschewistische Minderheitsfraktion zurückweisen und ebenso alle russischen Versuche, eine solche mit Worten oder Waffen zu beunruhigen.

Die interimistische sozialdemokratische Parteileitung beruft zum 27. bis 29. Dezember einen allgemeinen Parteitag ein. Gleichzeitig fordert der Vorsitzende der gewerkschaftlichen Parteileitung die Parteileitung zu unverzüglicher Wiederaufnahme der gewerkschaftlichen Arbeit auf.

## Gewerkschaftliches.

### Opposition im Bund der technisch-industriellen Beamten.

Uns wird geschrieben: In der „Freiheit“ vom Mittwoch (Morgenausgabe), wird über die Opposition im Bund ein Bericht veröffentlicht, der zu mißverständlichen Auffassungen führen muß, indem die Tätigkeit der Opposition während des Krieges verquittet wird mit der Gruppenleitung, die sich jetzt durch die revolutionären Vorgänge ergibt. Soweit die Opposition bereits in der Kriegszeit sich mit der inneren Demokratisierung des Bundes befaßte, richtete sich ihre Tätigkeit zum Teil gegen die Bundesbeamten, deren Tätigkeit eingeschränkt werden sollen. Diese Angelegenheit wird auf dem in den nächsten Monaten stattfindenden Industriekongress gelöst.

Die Frage dagegen, ob sich die Bundesmitglieder auf den Boden der sozialistischen Republik stellen sollen, wird nicht nur von der Opposition, sondern auch von Bundesbeamten bestritten. Es wird uns mitgeteilt, daß schon vor der Oppositionsversammlung in der großen Angelegenheitskammer im Reichs-Buch die beiden Bundesbeamten Aufhäuser und Geißler sich rückhaltlos auf diesen Boden gestellt haben. Sie konnten dieses Bekenntnis zunächst ebenso wie die Mitglieder der Opposition nur persönlich abgeben, da ein entsprechender Beschluß der Bundesleitung nicht vorliegt. Im übrigen aber kann festgestellt werden, daß die „Deutsche Industriellen-Zeitung“ in ihrer Ausgabe vom 20. November, den technischen Angestellten empfiehlt, in

dem großen Entwerfungskampfe zwischen Kapitalismus und Sozialismus sich eindeutig für den Sozialismus einzusetzen. In dem Zeitungsartikel der „F. B. Z.“: „Wider den Kapitalismus“ schreibt Kuhlhäuser u. a.:

„Unsere Bundesneutralität gegenüber den Parteien kann und darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß eine aufrechte Gewerkschaft in dem gegenwärtigen großen Entwerfungskampfe weder mittel- noch unmittelbar auf der Seite des Kapitalismus stehen darf. Das Programm des S. L. B. wie überhaupt die ganze Aufführungsliteratur des Bundes enthalten wissenschaftlichen Sozialismus. Die vor einigen Jahren herausgegebene „Kampfbroschüre „Kapital und Arbeit“ gibt über das große Endziel unserer Bewegung besonders klaren Aufschluß. Seit dem 9. November 1918 ist an die Stelle theoretischer Bekenntnisse der praktische Entwerfungskampf getreten. In dem Sinne „Die Kapitalisten — die Sozialisten“ ist für Halbbreite kein Raum. Jetzt ist aber auch der Zeitpunkt da, in dem die Angestellten bereit sein müssen, sich im Kampfe gegen den gemeinsamen Gegner — den Kapitalismus — solidarisch an die Seite der Arbeiterschaft zu stellen.“

Nach dieser Sachlage ist wohl nicht anzunehmen, daß die Revolution innerhalb des Bundes zu irgendwelcher Krise führen wird.

## Die Arbeiterbewegung in England.

Nach einer Meldung des „Daily Express“ droht der Verband der englischen Lokomotivführer und Feiler mit sofortiger Arbeitsniederlegung, falls die Regierung ihre wichtigste Forderung, die Abschaffung der Arbeit, nicht erfüllt.

In den Baumwollspinnereien in Lancashire wird am Sonnabend die Arbeit eingestellt, wenn den Arbeitern bis dahin nicht die geforderten erhöhten Löhne bewilligt worden sind. Die schottischen Textilarbeiter fordern den achtstündigen Arbeitstag und eine Erhöhung von dreißig Schilling für die Woche sowie ein Mindesteinkommen, das 95 Prozent der Löhne vor dem Kriege übersteigt.

## Groß-Berlin.

### Die Arbeitslosenfürsorge der Stadt-Gemeinde Berlin des Verbandes Groß-Berlin.

Für den Bezug der Arbeitslosen-Unterstützung sind folgende Bestimmungen getroffen:

§ 1. Arbeitslosen-Unterstützung wird gewährt: Arbeitsfähigen und arbeitswilligen über 14 Jahre alten Personen, die infolge des Krieges durch Arbeitslosigkeit sich in bedürftiger Lage befinden und zur Verrichtung ihres notwendigen Lebensunterhaltes auf Arbeit angewiesen sind.

Ehefrauen, deren Ehemann arbeitsfähig ist, erhalten keine Arbeitslosen-Unterstützung, sofern nicht schon vor dem Kriege beide Teile erwerbstätig waren.

§ 2. Voraussetzung der Unterstützung ist, daß der Antragsteller in Berlin seinen Wohnsitz hat.

Kriegsteilnehmer erhalten die Unterstützung auch dann, wenn sie vor ihrer Eingliederung zum Heere in Berlin ihren Wohnsitz gehabt oder hier nur ihren Aufenthalt genommen haben; in letzterem Falle bleibt der Anspruch auf Erhaltung gegen diejenige Gemeinde, in welcher der Kriegsteilnehmer vor seiner Eingliederung zum Heere gewohnt hat, vorbehalten.

Als Kriegsteilnehmer im Sinne dieser Bestimmung gilt nur, wer bei der Demobilisierung entlassen ist.

Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, sollen möglichst in den früheren Wohnort zurückkehren und sind nach ihrer Rückkehr in dem früheren Wohnort zu unterstützen. Freie Fahrt zur Reise in den früheren Wohnort ist aus Mitteln der Arbeitslosen-Fürsorge zu bewilligen.

§ 3. Die Arbeitslosen-Unterstützung beginnt erst, nachdem die Arbeitslosigkeit ununterbrochen 6 Arbeitstage gedauert hat.

Dies gilt nicht für Kriegsteilnehmer, die erstmalig die Gewährung der Arbeitslosen-Unterstützung beantragen. Hat der Unterstützte ausnahmsweise bis zur Dauer von 4 Wochen gearbeitet, so tritt eine besondere neue Satzungsart nicht ein.

§ 4. Ausgeschlossen vom Bezuge der Unterstützung und der Zuschläge sind Empfänger laufender Armen-Unterstützung aus öffentlichen Mitteln.

§ 5. Kleinerer Besitz (Spargroschen, Wohnungseinrichtung) wird für die Beurteilung der Bedürftigkeit nicht in Betracht gezogen.

§ 6. Unterstützungen, die der Arbeitslose auf Grund eigener oder fremder Vorsorge bezieht, sowie Rentenbezüge dürfen auf die von der Gemeinde oder dem Gemeindeverbande zu gewährenden Beiträge nur soweit angerechnet werden, als die Arbeitslosen-Unterstützung und sonstige Unterstützungen und Rentenbezüge zusammen den vierfachen Ortslohn übersteigen. Angerechnet sind auch Zinsen von Spargroschen und dergleichen.

§ 7. Die Höhe der Unterstützung bei jährl. Arbeitslosigkeit beträgt für jeden arbeitslosen Wochentag

- a) für männliche Personen über 17 Jahre 4 M.
- b) für männliche Personen zwischen 14 und 17 Jahren 3 M.
- c) für weibliche Personen über 17 Jahre 3 M.
- d) für weibliche Personen zwischen 14 u. 17 Jahren 2,50 M.

Für die Ehefrau, für jedes Kind unter 14 Jahren und für sonstige im Haushalt lebende erwerbsfähige Personen, zu deren Unterhalt der Unterstützte gesetzlich verpflichtet ist, wird ein Zuschlag von 1 M. für den Arbeitstag gewährt, welcher nur bei Unterstützung des Haushaltsvorstandes und nur an diesen zu zahlen ist. Bei teilweiser Arbeitslosigkeit infolge Verletzung der Arbeitskraft wird, sofern der Arbeitsdienst weniger als 70 vom Hundert des bisherigen Lohnes beträgt, ein entsprechender Teil der vorstehenden Unterstützungssätze gezahlt, und zwar

- a) bei einer Verabreichung bis auf 4 Stunden: die Hälfte.
- b) bei einer Verabreichung von über 4 Stunden bis 6 Stunden: ein Viertel.

Ist die teilweise Arbeitslosigkeit auf andere Gründe als Verabreichung der Arbeitskraft zurückzuführen, z. B. bei freien Berufen, selbständigen Gewerbetreibenden, so ist nach Lage des Falles und zwar zunächst unter sorgfältiger Annahme obiger Grundsätze zu entscheiden.

§ 8. Ist der Unterstützte Mitglied einer Krankenkasse, so übernimmt die Gemeinde die Kosten der freien Weiterversicherung nach Maßgabe seiner bisherigen Versicherungsstufe, höchstens aber der Stufe 5.

Der Unterstützte hat sich sofort als freiwilliges Mitglied bei seiner Krankenkasse zu melden. Im Falle der Weigerung kann die Unterstützung ganz oder teilweise versagt werden.

§ 9. Der Unterstützte ist verpflichtet, nach Maßgabe der von der Gemeinde festzusetzenden Bestimmungen den von der Gemeinde anerkannten und zuständigen Arbeitsnachweis aufzusuchen und jede Arbeit, die ihm angeboten wird, auch außerhalb

seines Berufes und seines Wohnortes, sowie zu gefügter Arbeitszeit anzunehmen. Soweit die angebotene Arbeit seinen Kräfte und Fähigkeiten entspricht und ihm unter Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufes zugemutet werden kann, ein angemessenes Entgelt dafür geboten wird und sonst kein triftiger Grund für die Ablehnung geltend gemacht werden kann. Freie Fahrt zur Reise in den Beschäftigungsort ist aus Mitteln der Arbeitslosen-Unterstützung zu bewilligen.

§ 10. In jedem Falle bleibt die Nachprüfung des Unterstützungs-Bedürfnisses vorbehalten.

Die Fortzahlung der Unterstützung kann ganz oder teilweise aufgehoben werden, wenn festgestellt wird, daß die Voraussetzung hierfür (§ 1) nicht mehr vorliegt.

§ 11. Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt wöchentlich nachträglich, und zwar für Mitglieder der freien, christlichen und kirchlich-Denkenden Gewerkschaften bei der Gewerkschaft, im übrigen durch die Gemeinde an den von dieser festzusetzenden Zahlungsstellen und nach näher zu bestimmenden Zeitpunkten.

Auf Antrag ist die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen auch anderen als den oben genannten Organisationen zu übertragen, falls sie

- 1. ihren Mitgliedern sachgemäß eine Arbeitslosen-Unterstützung gewährt;
- 2. ausreichende Gewähr dafür bieten, daß die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen ordnungsgemäß erfolgt.

§ 12. Der Mißbrauch der Fürsorge, insbesondere der Versuch zur Erlangung von Unterstützung durch unechte Knaben und Verschönerung von Tatsachen durch den Unterstützungs-Empfänger zieht vorbehaltlich strafrechtlicher Verfolgung den Ausschluß von der Fürsorge nach sich.

Als Verschönerung von Tatsachen gilt insbesondere die Nichtangabe einer während der Unterstützungszeit ausgeübten entgeltlichen Tätigkeit jedweder Art und Dauer.

§ 13. Ueber Beschwerden wegen Verfassung, Bemessung und Entziehung der Unterstützung entscheidet ein Fürsorge-Ausschuß, zu welchem Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl hinzuzuziehen sind.

§ 14. Die näheren Bestimmungen über die Bildung des Fürsorge-Ausschusses sowie über Organisation und Geschäftsbefahren der mit der Durchführung der Arbeitslosen-Fürsorge beauftragten Dienststellen werden den Ausführungsbestimmungen vorbehalten.

§ 15. Die obigen Bestimmungen treten mit dem 21. November 1918 in Kraft. Die bisher erlassenen Bestimmungen für die allgemeine Arbeitslosen-Fürsorge, die Gewährung von Arbeitsstellen an Arbeitslose und die Sonderfürsorge für die Textil-, Bekleidungs-, Schuhwaren- und Tabakindustrie werden aufgehoben.

Berlin, den 18. November 1918.

Magistrat.

(ges.) Reide.

Die Anmeldungen werden an den Anschlagtafeln bekannt gegeben, wie werden dieselben ebenfalls noch veröffentlichten.

Die Teuerungsvorläge für städtische Beamte, Angestellte, Arbeiter und Hilfskräfte ist der Stadtverordnetenversammlung zur gegangenen. Nach in der heutigen Sitzung soll über die Vorlage Beschluß gefaßt werden. Die vom Magistrat vorgeschlagenen Sätze sind die gleichen wie die im Oktober beschlossenen. Die Erhöhung ist der 1. Dezember festgesetzt. Die Kosten der neuen Teuerungsvorläge betragen etwa 20 Millionen Mark. Der Magistrat will die Auszahlung beschleunigen, so daß die in Frage kommenden Kategorien noch vor Weihnachten in den Besitz des Zuzuwendungen kommen.

Neben einem Raubfall in Wannsee schreibt uns der Arbeiter- und Soldatenrat von Nowowes. Am 2. Dezember abends wurde auf der Villa des Rittmeisters Schoeller in Wannsee durch drei bewaffnete Banditen ein Raubüberfall ausgeführt. Abends zwischen 10 und 10 Uhr wurde an der Villa des Rittmeisters Schoeller um Einlaß geklopft. Rittmeister Schoeller öffnete abnungslos die Tür und befand sich zwei bewaffneten Banditen gegenüber, wovon einer derselben ihn den Revolver vor die Brust und der andere ihn den Revolver gegen den Kopf setzte. Sie verlangten die sofortige Herausgabe alles Geldes was sich in der Villa vorfand, was natürlich auch geschah. Einer der Banditen hielt das hierzu eilende Dienstpersonal mit vorbestehendem Revolver zurück. Während der andere Rittmeister Schoeller noch im sein Telefongespräch zu zeigen, wo er zuerst die Telefonleitung durchschnitt. Darauf verlangte er die Herausgabe des Geldes, welches ihn in einer kleinen Summe von 500.— M. ausgehändigt wurde. Darauf verschwand die Gesellschaft und suchte das Geld. Das Wachkommando des Sicherheitsdienstes, gestellt vom Soldaten- und Arbeiter-Rat Nowowes wurde alarmiert und unternahm sofort eine Streife. Es gelang in Zivil verkleidet zwei der Banditen festzunehmen und dem Landgerichts-Gefängnis Potsdam zu überführen. Einem Militärkommando in Sachen von 2 Mann vom Sicherheitsdienst des Soldaten- und Arbeiter-Rates Nowowes gelang es den Räubführer am 8. Dezember zu verhaften.

Bestärkt ist die Verlässlichkeit des am 20. November mit den übrigen Offizieren der Revolution im Friedrichshain befehligten Obermatrosen. Es handelt sich um den in den Matrosenwerken in Johannisthal beheimateten ehemaligen Obermatrosen Ehrenfried Wurabard. In Johannisthal hörte er auf und ging nach der A. B. G., wo er eingezogen wurde. Bei Ausbruch der Revolution verließ er seinen Truppendienst und kam nach Berlin. Hier fiel er im Sicherheitsdienst am 11. November und wurde unbekannt vermisst. Jetzt haben die Offiziere des braven Kampfers den Arbeitskollegen Mitteilung gemacht. Danach ist Wurabard mit Recht auf ehrenvolle Weise mit den anderen Freiheitkämpfern im Friedrichshain beigelegt worden.

Im Wasser-Theater wird heute abend „Staf Habenicht“ gegeben.

## Aus aller Welt.

### Die Lebensmittelnot.

Düsseldorf, 4. Dezember. In einer Versammlung des R. und S. Rates des wahrscheinlich nicht besetzten Stadtgebietes mit den Arbeitern der verbliebenen Betriebe wurde heute abend beschlossen, in Anbetracht der Tatsache, daß die Lebensmittelnot in absehbarer Zeit zu Ende gehen, sämtliche im Uebermaß vorhandenen Lebensmittel in den Privathaushalten zu beschlagnahmen, unzulässig Wohnnahmen zur Durchführung der Massenlieferung zu treffen und von der von der alten Regierung gewährten Erhöhung der Brotzinsen Abstand zu nehmen.

### Die Kriegskosten Amerikas.

Der Jahresbericht des früheren Staatssekretärs des Schatzamtes Mc. Adoo schätzt die Kriegskosten Amerikas für die 18 Monate bis zum 30. Juni auf 13 222 Millionen Dollar, etwa 62 Milliarden Mark.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. E. Neffing, Berlin-Wilmersdorf, Druck des Lindenbroschüren- und Verlagsvereins „m. d. S.“, Schiffbauerdamm 12.